

zum ULV-Ausschuss am 26.09.2023, TOP 4

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 15.09.2023

Az.

Zuständig: Katja Witschaß, ☎ 08092/823-268

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

ULV-Ausschuss am 26.09.2023, Ö

Vorplanung Haushalt 2024 für das Teilbudget des ULV-Ausschusses und die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW)

Anlage 1 Budgets der einzelnen Kostenstellen

Anlage 2 Investitionen des ULV-Ausschusses

Anlage 3 Teilhaushalt Kommunale Abfallwirtschaft 2024

Sitzungsvorlage 2023/0875

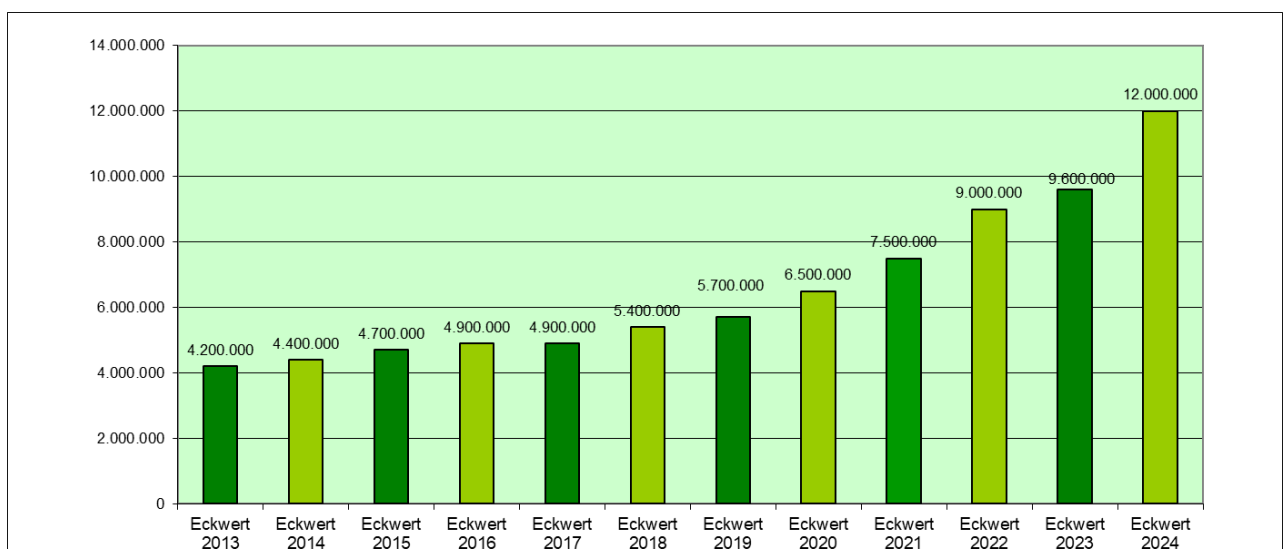
I. Sachverhalt:

Cockpit:

Die Entwurfsplanung der Fachbereiche für den ULV-Ausschuss ergibt ein Teilbudget in Höhe von 11.826.159 € (+ 2.205.582 € gegenüber Plan 2023 = + 22,9 %). Der vom Kreistag in seiner Sitzung am 24.07.2023 vorgegebene **Eckwert in Höhe von 12 Mio. €** wird **um 173.841 € unterschritten**.

Der Eckwert hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.400.000 € bzw. 25 % erhöht.

Entwicklung des Eckwertes im ULV-Ausschuss:



Bei der Eckwertsteigerung von 2021 zu 2022 ist zu berücksichtigen, dass die Kostenstelle Klimaschutzmanagement ab 2022 dem ULV-Ausschuss zugeordnet wurde. Im selben Jahr

wurde die Wohnungsbauförderung aus dem Budget des ULV-Ausschuss entnommen und dem SFB-Ausschuss zugeordnet.

Der Eckwert des ULV-Ausschusses wurde seit 2013 um 7.800.000 € erhöht. Das entspricht einer Steigerung in 11 Jahren um 186 %. Besonders stark steigt der Eckwert seit 2017. Dabei weist die Eckwerterhöhung für 2024 die größte Steigerung auf.

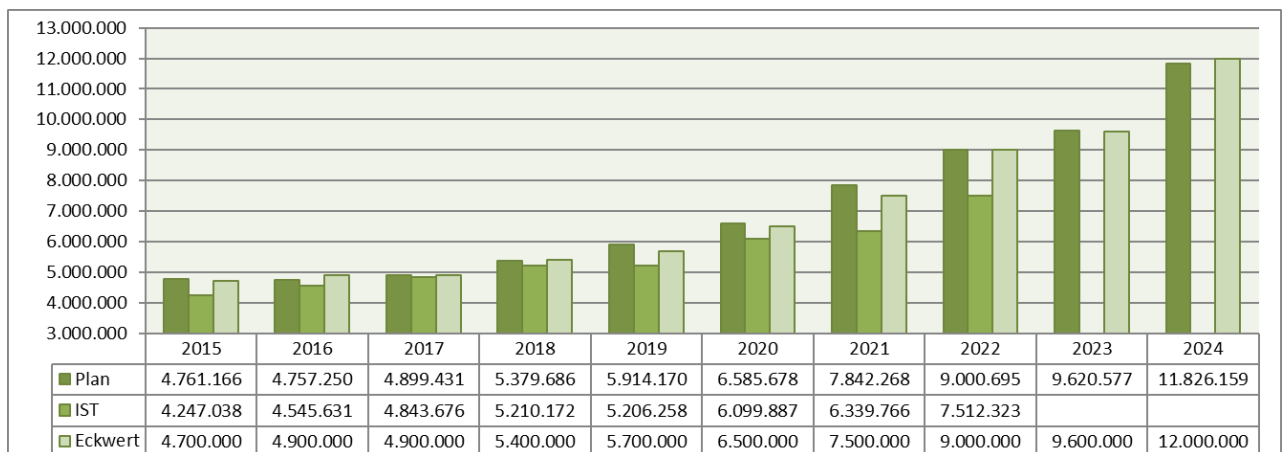
Der erste Planungsentwurf der Sachgebiete ergab ein Budget des ULV-Ausschusses von 14,3 Mio. €. Gemäß der Eckwertvorlage wurde die größte Einsparung im Bereich des ÖPNVs vorgenommen bzw. erreicht. Hier war für den Eckwert ein Mehrbedarf von 3,5 Mio € angemeldet, den die Finanzmanagerin auf 2 Mio € begrenzt hatte. Tatsächlich wurden jetzt vom Sachgebiet aber Reduzierungen von nahezu 2 Mio € anstatt der geforderten 1,5 Mio € vorgenommen.

Thema	Reduzierung	Begründung der Reduzierung
Wasserstoffbusse	311.500 €	Aufgrund günstiger Ersatzbeschaffung und der Möglichkeit des THG-Quotenhandels, reduziert sich der prognostizierte Mehrbedarf deutlich. Der Kostendeckel von 850.000 € wird eingehalten.
Ferienfahrpläne, Ersatzfahrpläne	650.000 €	In den Ferienzeiten wird das Angebot der MVV Regionalbuslinien reduziert. In Ferienzeiten sind die Kostendeckungsgrade aufgrund der geringeren Fahrgastzahlen reduziert. Die Maßnahme wird von den Verkehrsunternehmen begrüßt, da auch das Fahrpersonal die Urlaubszeit als Urlaub verbringen möchte. Das Angebot bleibt attraktiv und die Bedienung das Ziel ganzjährig 24/7 zu bedienen bleibt erfüllt. Zudem werden auf ausgewählten Linien feste Ersatzfahrpläne aufgrund von Fahrpersonalmangel gefahren werden.
Monatspauschale MVV GmbH	540.000 €	Für das Jahr 2021 hat der Landkreis eine Rückzahlung von 450.000 € durch die MVV GmbH erhalten. Durch die gestiegene Leistung und die Erfahrungen der letzten Jahre, besonders in Bezug auf das Jahr 2021, kann die monatliche Pauschale an die MVV GmbH um 45.000 € auf 415.000 € reduziert werden. Ziel ist es eine schwarze Null zureichen. Die Maßnahme ist mit der MVV GmbH besprochen.
Tarifstrukturreform	243.000 €	Die Ausgleichszahlungen zur Tarifstrukturreform sollen im nächsten Jahr auslaufen.
365 €-Ticket	190.700 €	Für das 365 €-Ticket werden Zahlungen in 2024 anfallen. Jedoch mit einer Reduktion von ca. 1/3 aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets.
Sonstige Kürzungen	6.850 €	Im Bereich Reisekosten, Gutachten, Printmedien und Reparaturen hat das Finanzmanagement aufgrund der Vorjahreswerte Kürzungen vorgenommen.

Summe	1.942.050 €
--------------	-------------

Damit wurde der Mehrbedarf für den ÖPNV auf 1,5 Mio. € reduziert und das Ziel den Mehrbedarf auf 2 Mio. € zu begrenzen um ein Viertel übertroffen. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage hat das Finanzmanagement alle Kostenstellen betrachtet und die Aufwendungen sowie Erträge mit den Vorjahren sowie der bereits angefallenen Kosten verglichen und entsprechend angepasst. Mit diesem Vorgehen wurden weitere Kürzungen vorgenommen.

Entwicklung:



Darstellung der Planerfüllung seit 2016:

	Ist		Planausschöpfung in %	Planerfüllung in %
	Jan - Aug	Jan - Dez		
2016	1.193.515	4.545.631	95,60%	4,40%
2017	3.074.383	4.843.676	98,86%	1,14%
2018	3.363.663	5.210.172	96,85%	3,15%
2019	3.100.930	5.206.258	88,03%	11,97%
2020	3.663.380	6.099.887	92,62%	7,38%
2021	3.864.666	6.339.766	80,84%	19,16%
2022	3.905.678	7.512.323	83,46%	16,54%
2023	6.373.905	5.688.246	59,13%	40,87%

Die IST-Ergebnisse blieben in allen Jahren hinter den Planungen zurück. Seit 2016 gab es keine Probleme bezüglich der Planeinhaltung mit einer durchschnittlichen **Budgetunterschreitung von 9 %**. Zwischen 2016 und 2018 ist festzustellen, dass sich die Abweichungen zwischen dem geplanten und tatsächlich erzielten Ergebnis des ULV-Budgets reduziert hatte, was für eine hohe Transparenz und damit einhergehende Haushaltsdisziplin spricht. Ab 2019 konnte dieses Ziel nicht mehr erfüllt werden, der Plan wurde deutlich unterschritten.

Die angefallenen Kosten von Januar bis August fallen 2023 im Vergleich zu 2022 höher aus, was größtenteils auf den ÖPNV zurückzuführen ist. Die Abschlagszahlungen an den MVV sind aufgrund des steigenden Angebotes gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen. Des Weiteren steht die Jahresabrechnung des MVVs, welche 2022 zu einer Rückerstattung führte noch aus. Außerdem ist die erste Abschlagszahlung für die Erstattungen vom Land für den ÖPNV in 2023 geringer ausgefallen.

Obwohl es auch in den Vorjahren Kürzungen gab, ist festzustellen, dass das Budget des ULV-Ausschusses in keinem Jahr ausgeschöpft wurde.

Kostenträgerbetrachtung:

Die teuersten bzw. steuerungsrelevantesten Produkte und Bereiche im Überblick:

	Ist			Plan		Abweichung
	2020	2021	2022	2023	2024	
1123+1121 MVV Busverkehr und Tarifstrukturreform	1.080.973	1.535.460	2.053.365	3.165.740	4.662.280	1.496.540
910 Kreisstraßen und -unterhalt	2.300.878	1.993.618	2.070.632	1.997.570	2.081.203	83.633
1131-1133 Schülerbeförderung	566.657	259.690	768.430	1.477.880	1.400.290	-77.590
097 Klimaschutzmanagement	141.034	519.220	616.979	319.146	416.325	97.179
080 Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR)	326.467	305.610	309.492	350.110	396.820	46.710
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	80.589	79.451	80.293	79.641	81.142	1.501

MVV Busverkehr (ÖPNV) – Kostenträger 1123

Ausgleichsleistungen Tarifstrukturreform – Kostenträger 1121

Mehrbedarf: 1.496.540 €

Erträge: 2024 wird im Vergleich zu 2023 insgesamt mit ca. 28.000 € weniger Erträgen gerechnet. Die Mindereinnahmen resultieren aus der Ruftaxi-Förderung „Mobilität im ländlichen Raum“, welche 2024 55 % der anfallenden Kosten deckt. Im Jahr 2023 wurden 65 % der Kosten erstattet. Somit entstehen für die Ruftaxi-Förderung Mindereinnahmen in Höhe von 72.000 €. Dagegen wird für die MVV-Betriebskostenabrechnung 2022, welche im Jahr 2024 abgerechnet wird, mit ca. 44.000 € mehr Erträge gerechnet.

Aufwendungen: Bei den Aufwendungen wurden insgesamt ca. 1,5 Mio. € mehr Ausgaben veranschlagt, um dem geänderten Fahrplanangebot gerecht zu werden. Das Angebot im ÖPNV wird bzw. wurde erheblich erhöht. Ausschreibung für die Bestandslinien 413, 444, 447 und der neue Linien 414, 448 sowie die Wasserstoffbusse sind in der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Für das 365 €-Ticket wurden 400.000 € eingeplant.

Ab Januar 2024 soll das MVV-Gebiet um die Stadt und den Landkreis Rosenheim erweitert werden.

Schülerbeförderung weiterführende Schulen (KTR 1131-1133)

Minderbedarf: 77.590

Die pauschalen Zuweisungen werden voraussichtlich 2024 insgesamt um 434.000 € höher ausfallen. Hierfür wurden die Schülerzahlen unter Berücksichtigung der Vorjahreswerte zur Berechnung herangezogen. Darüber hinaus werden 89.000 € für eine Nachmeldung der Jahresrechnungsstatistik 2021 in 2024 eingenommen.

Ab dem Januar 2024 werden einige Schulbuslinien in den MVV integriert. Des Weiteren ist durch die Einführung des 29 € bzw. 49 €-Tickets zum 01.05.2023 und der MVV-Erweiterung im Gebiet der Stadt und dem Landkreis Rosenheim mit Minderausgaben bei den Schülerfahrkarten zu rechnen. Trotz dieser Einsparungen erhöhen sich bei den Aufwendungen die Beförderungskosten um 356.410 €:

- durch Preissteigerungen bei den Busunternehmen in den Vertragsverhandlungen für das Schuljahr 2023/2024
- zusätzlichen Beförderungskosten für die Berufsfachschule Kirchseeon
- höhere Kosten bei den Fahrtkostenrückerstattungen durch die Senkung der Familienbelastungsgrenze von 490,00 € auf 320,00 € pro Schülerin und Schüler zum Schuljahr 2023/2024 gemäß Gesetzesentwurf.

Kreisstraßen und -unterhalt – Kostenstell 910

Mehrbedarf: 83.633 €

Der Großteil des Mehrbedarfs resultiert aus der Steigerung der Personalkosten (siehe Tabelle zu den Personalaufwendungen). Des Weiteren steigt der Bedarf für den Unterhalt der Verkehrssicherungsanlagen, weil Softwareänderungen an Ampeln durchgeführt werden müssen sowie eine Radfahreroptimierung an den Ampeln stattfindet. Außerdem müssen Unfallschäden beseitigt werden. Für den Straßenunterhalt werden für die sanierungsbedürftigen Kreisstraßen mehr Budget benötigt, da diese verkehrssicher gehalten werden müssen z.B. EBE 9 Deckensanierung nach Jakobneuharting. Darüber hinaus müssen mehr Mittel aufgrund der gestiegenen Energiekosten, Instandhaltungen und Wartung der Fahrzeuge berücksichtigt werden.

Klimaschutzmanagement – Kostenstelle 097

Mehrbedarf: 97.179 €

Auch bei dieser Kostenstelle steigen die Personalkosten (siehe Tabelle zu den Personalaufwendungen). Für das Jahr 2024 wurde eine Förderung von 56.000 € für den European Energie Award (EEA) eingeplant. Dieser Ertrag kompensiert komplett die Aufwandssteigerung von 17.000 €. Somit können z.B. EEA, Klima-Schulen, CO2 Zertifikate, Aktion Zukunft +, Windprojekte realisiert werden. Es steht ein Mindestbudget für die Bewerbung des Unternehmerbündnisses und für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Dieses wird für Klimaanpassung und Klimaschutz genutzt. Die restliche Abweichung begründet sich durch den Wegfall der geplanten Förderung (85.550 €) für die im November 2022 genehmigten zusätzliche Stelle des Klimafolgenanpassungsmanagers. Die erhoffte Förderung kann leider nicht beantragt werden.

Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation können einige Projekte wie z. B. Klimakonferenzen, Umsetzung von Projekten zur Unterstützung der Realisierung der Potentiale des Energienutzungsplans nicht umgesetzt werden bzw. verschieben sich auf die Folgejahre.

Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement – Kostenstelle 080

Mehrbedarf: 46.710 €

Der Mehrbedarf begründet sich ebenfalls aufgrund der Personalkostensteigerung (siehe Tabelle zu den Personalaufwendungen). Eine Einsparung ist bei dem Werkvertrag BAUM Consult möglich. Hier zeigen die Erfahrungswerte aus dem zurückliegenden und laufendem Jahr, dass die externe Unterstützung im Regionalmanagement weiter abgebaut werden kann. Bei den Beraterleistungen stellte sich heraus, dass die Einführung des Radwegemanagementprogramms eine Investition ist, sodass dieses Budget im Ergebnishaushalt wegfällt.

Landschaftspflegeverband – Kostenstelle 405 Der Mitgliedsbeitrag des Landschaftspflegeverbands errechnet sich anhand der Einwohnerzahl des Landkreises und des Beitrages 0,55 € je Einwohner. Für 2024 wurden hierfür 81.000 € eingeplant.

Diese Bereiche machen rund 76 % des gesamten Teilbudgets des ULV-Ausschusses aus.

Freiwillige Leistungen werden seit 2017 als Ergebnis mehrerer Arbeitsgruppensitzungen der Arbeitsgruppe freiwillige Leistungen unmittelbar im Haushalt als Anlage dargestellt. Aus dem Budget des ULV-Ausschusses werden folgende **freiwillige Leistungen** finanziert:

Nr.	Vertragspartner	Vertragsgegenstand	Ist 2021	Plan 2022	Ist 2022	Plan 2023	Plan 2024
1	Landkreis	Wirtschaftsförderung (KSt. 080)	305.610,41 €	391.255,00 €	309.492,00 €	350.110,00 €	396.820,00 €
	davon Trägerverein Carsharing	Zuschuss Carsharing	5.625,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €	0,00 €
2	Landkreis	Fernradwege (Ktr. 1125)	797,00 €	4.350,00 €	-1.008,49 €	2.850,00 €	2.000,00 €
3	Landkreis	ÖPNV (Ktr. 1123)	1.194.492,00 €	1.803.880,00 €	1.389.214,14 €	2.440.780,00 €	4.262.280,00 €
4	Landkreis	Tarifstrukturreform, 365 €-Ticket (KTR 1121)	340.968,23 €	911.800,00 €	664.151,11 €	724.960,00 €	400.000,00 €
5	Landkreis	Denkmalschutz (Ktr.4122 4121)	0,00 €	10.000,00 €	5.500,00 €	0,00 €	0,00 €
6	Landkreis	Windkraftanlagen LSG Ebersberger Forst (KTR 0974)	49.464,18 €	125.000,00 €	38.087,17 €	0,00 €	8.000 € (im Budget der KST 097 enthalten)
7		Varroamittel-Zuschuss	2.437,21 €	3.000,00 €	2.092,75 €	3.000,00 €	3.000,00 €
8		Durchwachsene Silphie/Biomasse aus Wildpflanzen und Artenvielfalt im Grünland	0,00 €	25.000,00 €	981,29 €	25.000,00 €	25.000,00 €
9		Kiebitzprojekt				4.500,00 €	4.500,00 €
10		a) Freiwillige Unterstützung einer Verbandsgeschäftsstelle	997,02 €	1.022,58 €	1.022,58 €	1.022,58 €	1.022,58 €
		b) Unterstützung weiterer Institutionen	2.242,50 €	2.650,00 €	2.650,00 €	2.650,00 €	2.500,00 €
11	Landkreis	Landschaftspflegeverband (KSt. 405)	79.451,00 €	80.231,00 €	80.293,00 €	79.641,00 €	81.142,00 €
12	Landkreis	Abschussprämie für Schwarzwild	39.667,00 €	45.000,00 €	32.275,00 €	45.960,00 €	40.000,00 €
13	Landkreis	Klimaschutzmanagement (KSt. 097)	519.219,79 € (KSA)	713.093,00 €	616.979,00 €	297.756,00 €	416.325,00 €
		Gesamtsumme	2.016.126,55 €	4.116.281,58 €	3.141.729,55 €	3.978.229,58 €	5.634.589,58 €

Für freiwillige Leistungen des Landkreises werden im Teilbudget des ULV-Ausschusses 5.634.590 € geplant, was einem Anteil am Gesamtbudget des Fachausschusses von rund 47,7 % entspricht.

Gegenüber dem Ansatz 2023 **steigt** der geplante Mittelbedarf für freiwillige Leistungen im Budget des ULV-Ausschusses **um 1.656.360 Mio. € bzw. 41,6 %**. Größtenteils aufgrund des ÖPNVs. Der Wirtschaftsförderung sowie dem Klimaschutzmanagement stehen ebenfalls mehr Gelder zur Verfügung.

Die Unterstützung des Trägervereins Carsharing mit 7.500 € wird 2024 ausgesetzt, weil eine Konsolidierungsphase aufgrund von personellen Veränderungen sowie wegen der Überarbeitung der Zielsetzungen notwendig ist. Ab 2025 soll der Zuschuss wieder beantragt werden.

Aufgrund der schwierigen Haushaltslage wurde kein Ansatz für den Denkmalschutz gebildet, weil der Abruf der Gelder pro Jahr sehr unterschiedlich ist. In 2021 sowie bis Anfang September 2023 wurden hierfür keine Gelder abgerufen. Vorsorgeansätze werden nicht gebildet. Falls es zu Ausgaben für den Denkmalschutz in 2024 kommt, müssen anderweitig Einsparungsmaßnahmen realisiert werden.

Für die Windkraftanlagen LSG Ebersberger Forst wurden für Beraterleistungen 8.000 € bei der Kostenstelle „Klimaschutzmanagement“ eingeplant.

Die **Personalaufwendungen** im Teilbudget des ULV-Ausschusses (ohne KAW, eigene Darstellung wegen kostenrechnender Einrichtung) haben sich wie folgt entwickelt:

	Plan			Begründung
	2023	2024	Abweichung	
097 Klimaschutzmanagement	185.050	234.910	49.860	Für 2023 wurden 2 neue Stellen für den Klimaschutz genehmigt und sogleich für jeweils 9 Monate geplant; für 2024 ganzjährige Planung. 2023: 3,0000 VZÄ 2024: 3,0000 VZÄ
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement (WR)	173.460	248.470	75.010	Aufgrund der Umstrukturierung (Einrichtung eines neuen Sachgebiets Wirtschaft und Mobilität) wird die Sachgebietsleitung (1,0) sowie die Teamassistenz (0,5) des neuen Sachgebiets jeweils zu einem Drittel geplant. 2023: 2,5000 VZÄ 2024: 3,0000 VZÄ
112 ÖPNV/ Fernradwege	82.150	129.050	46.900	Aufgrund der Umstrukturierung (Einrichtung eines neuen Sachgebiets Wirtschaft und Mobilität) wird die Sachgebietsleitung (1,0) sowie die Teamassistenz (0,5) des neuen Sachgebiets jeweils zu einem Drittel geplant. 2023: 1,0000 VZÄ 2024: 1,5000 VZÄ
113 Schülerbeförderung	167.780	182.790	15.010	1 Höhergruppierung in 2023. 1 Stufenaufstieg in 2023. 2023: 2,4500 VZÄ 2024: 2,4000 VZÄ

320 KfZ-Zulassungsstelle	816.850	846.020	29.170	<p>1 Höhergruppierung für 2024 geplant. 3 Stufenaufstiege in 2024. 1 Person in Altersteilzeit ist ausgeschieden.</p> <p>2023: 12,1607 VZÄ 2024: 11,7760 VZÄ</p>
325 Führerscheinstelle	505.750	535.240	29.490	<p>1 Höhergruppierung in 2023. 3 Stufenaufstiege in 2023. 3 Stufenaufstiege in 2024.</p> <p>2023: 8,1024 VZÄ 2024: 7,8803 VZÄ</p>
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	1.000.690	1.147.820	147.130	<p>2 Stufenaufstieg in 2023. 4 Stufenaufstiege in 2024. 1 Beförderung für 2024 geplant.</p> <p>2023: 14,8439 VZÄ 2024: 15,1773 VZÄ</p>
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	402.280	421.260	18.980	<p>1 Stufenaufstieg in 2024.</p> <p>2023: 2,6922 VZÄ 2024: 2,6922 VZÄ</p>
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	198.670	256.770	58.100	<p>1 neue Mitarbeiterin (0,5) in 2023 eingestellt. 1 Stufenaufstieg in 2023. 1 Stufenaufstieg in 2024.</p> <p>2023: 2,6408 VZÄ 2024: 3,1408 VZÄ</p>
420 Bauamt	1.586.660	1.736.520	149.860	<p>Komplette Planung eines Mitarbeiters auf KST 420. 3 Arbeitsmarktzulagen in 2023. 6 Stufenaufstiege in 2023. 1 Stufenaufstieg in 2024.</p> <p>2023: 20,3526 VZÄ 2024: 20,6652 VZÄ</p>
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	448.280	498.210	49.930	<p>Aufgrund längerer Krankheit wurde für 2023 eine Vollzeitstelle für 4 Monate als Krankheitsvertretung geplant. In 2023 neue Teilzeitstelle Sachbearbeitung Wasserrecht. 1 Stufenaufstieg in 2023.</p> <p>2023: 6,6756 VZÄ 2024: 6,1256 VZÄ</p>
450 Naturschutz, Landschaftspflege	533.930	479.490	-54.440	<p>Die Windkraftstelle (1,0) ist nicht mehr besetzt. Ein Mitarbeiter in Altersteilzeit ist bis 30.09.24 in ATZ (-0,1089). 1 Stufenaufstieg in 2023. 1 Stufenaufstieg in 2024.</p> <p>2023: 6,5062 VZÄ 2024: 5,3973 VZÄ</p>
910 Kreisstraßen und -unterhalt	875.440	934.680	59.240	<p>Aufgrund der Umstrukturierung (Einrichtung eines neuen Sachgebiets Wirtschaft und Mobilität) wird die Sachgebietsleitung (1,0) sowie die Teamassistenz (0,5) des neuen Sachgebiets jeweils zu einem Drittel</p>

					geplant.
					2023: 13,1935 VZÄ
					2024: 13,0297 VZÄ

Gegenüber dem Ansatz 2023 **erhöhen** sich die Personalkosten im ULV-Ausschuss um **674.240 €**. Dies entspricht einer **Steigerung von 9,7 %**.

Vertiefende Darstellung:

Der ULV-Ausschuss ist im Rahmen der Haushaltsplanung direkt zuständig für die nachfolgenden 13 Teilbudgets des Haushalts, zusätzlich noch für die Kommunale Abfallwirtschaft (720).

	Ist			Plan		
	2020	2021	2022	2023	2024	Abweichung
097 Klimaschutzmanagement		0	616.979	319.146	416.325	97.179
080 Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR)	326.467	305.610	309.492	350.110	396.820	46.710
112 ÖPNV/ Fernradwege	1.148.910	1.623.499	2.119.227	3.251.140	4.793.730	1.542.590
113 Schülerbeförderung	714.858	437.143	774.527	1.483.830	1.406.240	-77.590
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	-3.063	-4.533	0	0	0	0
320 KfZ-Zulassungsstelle	-353.048	-337.226	-154.883	-286.702	-251.477	35.225
325 Führerscheinstelle	154.132	202.122	157.128	225.845	270.998	45.153
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	472.158	690.636	387.788	359.003	514.315	155.312
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	67.041	66.625	78.564	72.273	145.783	73.509
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	80.589	79.451	80.293	79.641	81.142	1.501
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	289.587	250.791	1.881	-486	0	486
420 Bauamt	343.445	294.197	703.924	748.058	919.394	171.336
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz	122.651	256.960	-119.062	331.809	398.987	67.178
450 Naturschutz, Landschaftspflege	435.281	480.872	485.833	689.340	652.700	-36.641
910 Kreisstraßen und -unterhalt	2.300.878	1.993.618	2.070.632	1.997.570	2.081.203	83.633
Summe	6.099.887	6.339.766	7.512.323	9.620.577	11.826.159	2.205.582
720 Kommunale Abfallwirtschaft	61.529	-61.529	0	0	0	0
Summe	61.529	-61.529	0	0	0	0
Gesamtsumme	6.161.416	6.278.237	7.512.323	9.620.577	11.826.159	2.205.582

Der vom Kreistag vorgegebene Eckwert - über alle 13 Budgets betrachtet - wird eingehalten. Abweichungen im Vergleich zum Vorjahr innerhalb einzelner Budgets entstanden bei:

Klimaschutzmanagement: s. Begründung Kostenträgerbetrachtung

Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement: s. Begründung Kostenträgerbetrachtung

ÖPNV/ Fernradwege: s. Begründung Kostenträgerbetrachtung (KTR 1123 + 1121)

Schülerbeförderung: s. Begründung Kostenträgerbetrachtung (KTR 1131-1133)

KfZ-Zulassungsstelle

Bei den Einnahmen wird mit einer marginalen Steigerung (16.000 €) gerechnet. Die längst überfällige Gebührenanpassung kam mit der Novellierung der Fahrzeugzulassungsverordnung am 01.09.2023 und fällt eher moderat aus. Gleichzeitig verringern sich Gebührentatbestände über die online-Anwendungen erheblich. Z. B. Außerbetriebsetzung/Abmeldung vor Ort 16,30 € - online dagegen 2,30 €. Aufgrund eines durch das Kraftfahrtbundesamt vorgeschriebenes Audit/Pen-Test, um die online Anwendung im Zulassungswesen weiterhin nutzen zu dürfen, fallen ca. 36.000 € an. Damit erhöht sich der Planansatz für EDV-Dienstleistungen zum Vorjahr um 28.000 € an. Eine weitere Budgeterhöhung begründet sich durch die Personalkosten. (s. Tabelle zu den Aufwendungen der Personalkosten)

Führerscheinstelle

Der Mehrbedarf bei der Führerscheinstelle begründet sich durch verschiedene Sachverhalte. Die Personalkosten erhöhen sich zum Vorjahr. Die neue Fachanwendung OK.Verkehr ist im Unterhalt deutlich teurer (+ 26.000 €) als die Vorgängerversion. Dies liegt an den zusätzlichen Modulen. Aufgrund dieser Investition steigen ebenfalls die Abschreibungen. Für die Windows 11 Umstellung müssen PCs (7.000 €) ausgetauscht werden, welche unter die GWG-Grenze fallen. Bei den Erträgen wird aufgrund der bisher angefallenen Einnahmen mit einer Steigerung von ca. 35.000 € gerechnet. Die Pflichtumtatsche der Fahrerlaubnisse erfolgen aus unbekanntem Gründen nicht wie vorgeschrieben. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung haben nur 33% aller Fahrerlaubnisinhaber, deren Papierführerscheine bereits ungültig geworden sind, ihren Führerschein bereits umgetauscht.

Öffentliche Sicherheit, Gemeinden: s. Tabelle zu den Aufwendungen der Personalkosten

Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz

Bei der Kostenstelle 340 ist mit einem Mehrbedarf von 73.500 € zu rechnen. Die Einnahmen für die Fleischbeschaugebühren wurden dem Ist 2022 angepasst, nachdem die Einnahmen 2023 Stand Anfang September eher zurückgegangen sind. Dies entspricht 40.000 € weniger Einnahmen und weist dennoch eine eher optimistische Planung auf. Der restliche Betrag begründet sich aufgrund der Personalkostensteigerung und mehrere kleinere Mehrbedarfe z.B. bei den Reisekosten.

Bauamt

Allein 150.000 € von dem Mehrbedarf von 171.336 € begründet sich aufgrund der Personalkosten. Außerdem fällt Budget für den Austausch der Windows 11 Umstellung und von Büroausstattung an. Darüber hinaus sinkt die Anzahl der Grundstücksbewertungen, sodass mit weniger Einnahmen zu rechnen ist.

Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutz

Neben den Personalkostensteigerungen ist mehr Budget für die Ersatzvornahme Groß in Anzing für die Grundwasserreinigung einzuplanen. Die Kosten werden zu 75 % durch die GAB erstattet.

Kreisstraßen- und unterhalt: s. Begründung Kostenträgerbetrachtung

Naturschutz, Landschaftspflege: s. Tabelle zu den Aufwendungen der Personalkosten

Kennzahlen:

In fast allen staatlichen Sachgebieten sind Vergleiche aufgebaut. Der Landkreis nimmt seit 2006 an der Vergleichsgruppe im Bayerischen Innovationsring teil. Abgestimmte Daten sind im jeweiligen Haushaltsplan eines Jahres bzw. im Berichtswesen an die Politik dargestellt.

Steuerbarkeit der Budgets:

Zum ÖPNV hat der ULV-Ausschuss einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass mittel- bis langfristig ein Kostendeckungsgrad von 50 % erreicht werden soll.

Nachfolgend ein Überblick über die Entwicklung:

<u>Jahr</u>	<u>Kostendeckungsgrad</u>
2002	25,5 %
2005	38,2 %
2010	46,5 %
2011	53,1 %
2012	47,3 %
2013	49,3 %
2014	49,8 %
2015	46,8 %
2016	50,6 %
2017	51,9 %
2018	61,1 %
2019	56,6 %
2020	Aufgrund der Corona-Pandemie gibt es keinen Deckungsgrad.
2021	54,2 %
2022	liegt erst Ende des Jahres 2023 vor

Im Sinne einer strategischen Zukunftsausrichtung soll der Kostendeckungsgrad von über 50 % nun stabilisiert und in den nächsten 10 Jahren (2016 – 2025) auf 60 % gesteigert werden. Die Grundlagen hierfür sollen durch sehr gute Fahrplanangebote und gezielte Investitionen in den ÖPNV erreicht werden. Dies sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze und steigert die Einnahmen der Gemeinden an der Gewerbesteuer. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Mittagsbetreuung an den Schulen mit einer optimalen Fahrplangestaltung sicherzustellen.

Bei schlechten Auslastungsgraden wird nach Alternativen gesucht. So kann langfristig mehr Effizienz und Effektivität erreicht werden.

Die staatlichen Aufgaben sind durch die Politik nicht steuerbar, der Personaleinsatz dafür schon.

In der **Anlage 1** sind die Pläne der einzelnen Kostenstellen beigelegt, die pro Budget die Erträge und Aufwendungen in den Ergebniskonten darstellen. Sie geben einen detaillierteren Einblick in die Finanzstruktur der einzelnen Budgets. Die letzte Zeile 300 (Ergebnis) stellt den Kreisumlagenbedarf der jeweiligen Kostenstelle (= Budget) dar sowie die Abweichung zum Vorjahr (letzte Spalte).

Investitionen:

Seit der Haushaltsplanung 2022 findet keine Neuveranschlagung von Investitionskosten mehr statt. Anstelle der Neuveranschlagung werden zu Beginn des neuen Haushaltsjahres alle Haushaltsreste der laufenden Investitionen aus 2023 in das Jahr 2024 übertragen. Dadurch stehen künftig Investitionsansätze, gemäß den Regelungen der KommHV-Doppik, bis zur Fertigstellung der Maßnahme und nicht mehr nur jahresbezogen zur Verfügung.

Investitionen für die Warteliste:

Bei der Haushaltsplanung wurde der im Rahmen der Finanzleitlinie des Kreistages gefasste Beschluss mit einer Ausnahme (Gründerwerb) eingehalten und nur neue Investitionen in den Haushalt aufgenommen, deren jeweiliges Gesamtplanungsvolumen 200.000 € nicht überschreitet oder solche, die in Vorjahren bereits von der Warteliste heruntergenommen wurden. Projekte, die über 200.000 Euro liegen, müssen vom ULV-Ausschuss für die Warteliste beantragt werden.

Aktuell noch nicht in der Planung 2024 enthalten sind folgende Investitionsmaßnahmen, da über diese in der Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses im Rahmen der **Warteliste** am 09.10.2023 entschieden wird.

Investitionen 2024 Straßenbau:

- Radschnellverbindung München – Markt Schwaben: 210.000 € (netto)
- EBE 2: Deckensanierung OD Poing – Westring: 300.000 €
- EBE 2: ZEB Deckensanierung Neufarn-Purging: 750.000 € für 2025 (Anmeldung einer Verpflichtungsermächtigung in 2024)
- EBE 12: Erneuerung Brücke Moosach-Altenburg: 450.000 €
- EBE 12: ZEB Deckensanierung Buch-Moosach: 700.000 € für 2025 (Anmeldung einer Verpflichtungsermächtigung in 2024)
- EBE 13: ZEB Deckensanierung OD Glonn Richtung Norden: 250.000 € für 2025 (Anmeldung einer Verpflichtungsermächtigung in 2024)
- Radweg ST2351 Grafing-Bahnhof-Taglaching: 255.000 € (netto) (Anmeldung einer Verpflichtungsermächtigung in 2024)

In der folgenden Tabelle sind die eingeplanten Investitionen für die Radwege und Straßen mit der Investitionsnummer aufgeführt. Abweichende Budgets zu der Beschlussfassung des Radwege- und Straßenbauprogramms vom 19.07.2023 sind jeweils unter der entsprechenden Investition aufgeführt.

	Plan				Zuschuss 2024	Gesamt Brutto	Gesamt Netto
	2024	2025	2026	2027			
910-0001 Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	85.000	85.000	85.000	85.000			
910-0005 Winter- dienst: Schneepflug, Streu-Automaten	25.000						
910-0006 Stramot- fahrzeuge u. Man- schaftsfahrzeuge				35.000			
910-0007 Lichtsignal- anlagen	15.000	15.000	15.000	15.000			
910-0016 Transporter (Mannschaftswagen)	35.000						
Lt. StrB-Prog. 19.07.2023	0				Die Gesamtsumme 85.000 € stimmen mit dem StrB-Prog. überein. Es ist aber nur ein HHRest von 50.000 € übertragbar.		
910-0018 LKW	500.000						
910-01-013 EBE1: Deckensanierung in der OD Poing	1.609.758	90.000	-520.000			2.540.000	1.270.000
Lt. StrB-Prog. 19.07.2023	1.609.758	490.000	-520.000		Im StrB-Prog. wurde ausversehen der Anteil der Gemeinde Poing mit eingeplant, welches zur Haushaltsplanung korrigiert wurde.		
910-05-005 EBE5: Neubau Geh- u. Rad- weg Schwaberwegen- Anzing		1.895.000	350.000	-800.000		3.260.000	1.310.000
Lt. StrB-Prog. 19.07.2023	15.000	2.095.000	450.000	-800.000	Im StrB-Prog. wurden ausversehen die Mehrkosten für die Entsorgung der teerhaltigen Materialien doppelt veranschlagt.		
910-05-006 EBE5: ZEB Deckensanie- rung OD Forstinning	500.000					500.000	500.000
910-05-007 EBE5: Deckensanierung Schwaberwegen- Anzing		550.000				550.000	550.000
910-05-008 EBE5: Querungshilfe OD Forstinning	60.000					60.000	60.000
910-06-003 EBE6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6-alt"		-80.000	-220.000			801.881	281.881
Lt. StrB-Prog. 19.07.2023	500.000	-80.000	-220.000		Budget in 2024 wird als HH-Rest übernommen. D.h. kein Ansatz 2024		
910-09-007 EBE9: Ausb. zw. Haging u. Jakobneuh. b. Schau- rach	1.590.000	290.000	-450.000			2.620.000	1.470.000
910-13-011 EBE13: Radweg Glonn - Westerndorf		930.000	20.000	-390.000		1.620.000	650.000
Lt. StrB-Prog. 19.07.2023	90.000	930.000	20.000	-390.000	Budget in 2024 wird als HH-Rest übernommen. D.h. kein Ansatz 2024		

910-13-033 EBE13: Verbreiterung Feld- kirchner Str. in Glonn	410.000	-165.000				455.000	290.000
910-13-034 EBE13: ZEB Deckensanie- rung KVP Scham- mach-Grafring		300.000				300.000	300.000
910-13-035 EBE 13: ZEB Deckensanie- rung bei Bruck		300.000				300.000	300.000
910-14-007 EBE14: Straßenentwässerung OD Kastensee	270.000					310.000	310.000
910-14-009 EBE14: ZEB Deckenbau OD Kastenseeon	150.000						
910-14-014 EBE14: Radweg Egmating nach Kastenseeon	50.000	900.000	400.000			1.350.000	1.350.000
910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze	-420.000	353.000			770.000	2.252.709	965.709
Lt. StrB-Prog. 19.07.2023	-770.000	353.000			Zuschuss (350.000) von 2023 wird als HH-Rest übernommen. D.h. Ansatz 2024 wird Um 350.000 vermindert		
910-G-001 Grunder- werb	200.000						
910-ZEB Straßensa- nierungen der nächs- ten Jahre			650.000	650.000			
Gesamtinvestitionen Summe Kreisstraßen	5.079.758	5.463.000	330.000	-405.000			

Für folgenden Investitionen wurde 2024 kein Budget veranschlagt, weil die Mittel für das Jahr 2024 aus dem Haushaltsresten 2023 bestritten werden.

- 910-08-004 EBE 8: Umbau der Kreuzung/ST2089: 10.000 € netto
- 910-08-007 EBE8: Ausbau zw. Nettelk. Und ST2089: 84.269 € netto
- 910-09-010 EBE9: OD Grafring, Abstufung zw. St2080 u. St2089: 137.000 € netto
- 910-20-017 EBE20: ZEB Sanierung bei Gersdorf: 200.000 € netto
- 910-10-003 EBE10: ZEB Sanierung OD Emmering: 450.000 € netto

Sonstige Investitionen der Kostenstellen:

	HH-Rest	Plan		
	2022	2023	2024	Abweichung
080-0001 Planungsmodul für Radwege Inkl. App			19.000	19.000
080-0002 Datenbanksystem f. die Pflege und Verw. Tourismus			6.000	6.000
113-0001 EDV-Ausstattung, Software, Medientechnik			30.000	30.000
320-0003 Aufrufanlage Zusatzmodul Terminreservierung			12.495	12.495
325-0080 Software, Software, Module zu OK-EFA		6.600		-6.600
340-0006 EDV, Software, Medientechnik	23.987	10.000	10.418	418
340-0043 Tablet LÜ	2.000	6.000		-6.000
340-0044 Ausstattung Verwahrstelle Eglharting		12.000		-12.000

340-0045 Tablet für Sachgebietsleitung Nachfolge		1.000		-1.000
340-0046 Tablet im Rahmen der ASP Vorbereitung		1.000	1.000	
420-0012 Software	48.513			
420-0060 EDV-Hardware	5.770		4.209	4.209
420-0061 Büroausstattung	3.000		3.600	3.600
420-0063 Prosoz Elan Behördenbeteiligung		40.000	28.200	-11.800
440-008 EDV-Hardware			18.239	18.239
440-0012 Software	47.998			
450-0009 Prämie Brucker Moos	2.299			
450-0011 Biberfalle und Melder auf das Handy		2.000		-2.000
450-0012 Tablets für den Außendienst		5.000		-5.000
450-0014 Flächenankauf durch Moorberatung		50.000	20.000	-30.000
450-0015 Bohrstock für das Moormanagement			3.000	3.000
450-0061 EDV-Hardware und Medien			15.433	15.433
Gesamtsumme sonstige Investitionen	133.568	133.600	171.594	37.994
Gesamtsumme Investitionen ULV (ohne KAW)	1.269.801	3.375.600	5.251.352	1.875.752

Der komplette Investitionsplan des ULV-Ausschusses findet sich in **Anlage 2**. Das Investitionsvolumen liegt damit **um 1.875.752 € über** dem des Vorjahres (ohne Berücksichtigung der Haushaltsreste). Ob Investitionen, die sich zurzeit auf der Warteliste befinden noch hinzukommen, wird am 09.10.2023 im Kreis- und Strategieausschuss und am 23.10.2023 im Kreistag entschieden. Darüber hinaus werden Anfang 2024 Haushaltsreste für die Investitionen 2023 in das nächste Jahr übertragen und sind bei dem Mittelabfluss ebenfalls über Kredite zu finanzieren. Ende Oktober erfolgt eine Schätzung für die Höhe der zu übertragenden Haushaltsreste.

Kommunale Abfallwirtschaft (Kostenrechnende Einrichtung):

Die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW) wird im Kreishaushalt als sog. kostenrechnende Einrichtung abgebildet.

		Ist					Plan	
		2019	2020	2021	2022	2023	2024	Abweichung
720 Kommunale Abfallwirtschaft	Ertrag	-6.569.147	-6.595.392	-8.430.537	-8.134.291	-8.358.901	-10.153.698	-1.794.797
	Aufwand	6.569.147	6.656.921	8.369.008	8.134.291	8.358.901	10.153.698	1.794.797

Für die kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft wurde für 2024 ein Defizit von 1.272.376 € eingeplant. Dieses Defizit wird mit der vorhandenen Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 1.559.911 € am Ende des Jahres ausgeglichen. In der obenstehenden Tabelle wurde die Auflösung der Gebührenaussgleichsrücklage bereits berücksichtigt, sodass die Höhe der Erträge die Höhe der Aufwendungen entsprechen. Insgesamt wurden 8.881.322 € Erträge (**522.421 € mehr** als im Vorjahr) und 10.153.698 € Aufwendungen (**1.794.797 € mehr** als im Vorjahr) eingeplant. Die Differenz ergibt das Defizit in Höhe von 1.272.376 €, welches als Ertrag bei den Auflösungen von Rückstellungen eingeplant wurde.

Der Planung liegt, die ab dem Jahr 2021 gültige Gebührenkalkulation zugrunde.

Aktuell verfügt die Abfallwirtschaft über eine **Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 1.559.911 €**.

Die detaillierte Auflistung der **Kostenträger der KAW** kann der **Anlage 3** entnommen werden. Hier eine zusammengefasste Übersicht:

		Ist		Plan		
		2021	2022	2023	2024	Abweichung
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	Ertrag	-186.138	-186.097	-187.000	-188.000	-1.000
	Aufwand	186.138	185.564	187.000	188.000	1.000
7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	Ertrag	-1.882.788	-1.961.897	-1.316.700	-1.580.600	-263.900
	Aufwand	1.089.665	1.910.137	1.247.714	1.566.371	318.657
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	Ertrag	-137.858	-20.846	-130.000	-175.000	-45.000
	Aufwand	12.206	10.636	115.000	157.500	42.500
7283 KAW: Problemabfall	Ertrag	-31.153	-27.297	-41.440	-34.850	6.590
	Aufwand	118.956	111.188	165.778	209.009	43.231
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	Ertrag	-987.223	-1.029.358	-1.230.600	-1.436.300	-205.700
	Aufwand	985.430	1.123.566	1.201.000	1.388.000	187.000
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	Ertrag					0
	Aufwand	1.045.495	1.030.757	1.130.000	1.335.000	205.000
7286 KAW: Asbest	Ertrag	-54.653	-62.459	-49.000	-49.000	0
	Aufwand	44.102	50.158	54.100	79.650	25.550
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	Ertrag	-62.511	-98.398	-191.030	-179.450	11.580
	Aufwand	61.089	121.571	169.300	164.500	-4.800
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	Ertrag	-35.809	-33.260	-47.850	-53.350	-5.500
	Aufwand	29.632	27.090	43.500	53.500	10.000
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	Ertrag	-1.029.955	-963.766	-954.200	-904.200	50.000
	Aufwand	575.749	542.074	581.650	776.650	195.000
7290 KAW: Deponienachsorge	Ertrag	-197.854	-182.293	-204.800	-224.800	-20.000
	Aufwand	203.768	191.219	142.516	128.853	-13.663
7291 KAW: Entsorgungsumlage	Ertrag	-3.576.282	-3.417.039	-3.865.467	-3.884.008	-18.541
	Aufwand	1.539.765	1.542.613	1.746.500	2.427.500	681.000
7292 KAW: Kunststoffeffassung	Ertrag	-21.769	-22.308	-38.500	-46.200	-7.700
	Aufwand	20.983	30.308	35.000	42.000	7.000
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten	Ertrag					0
	Aufwand	0	0	20.000	20.000	0
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)	Ertrag	-31.425	-26.584	-34.000	-34.000	0
	Aufwand	34.816	72.298	45.750	96.650	50.900

Erläuterungen zur Kalkulation der Erträge und Kosten 2024:

Alle Berechnungen stützten sich auf das Gebührengutachten anlässlich der Gebührenkalkulation für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2024.

Die Kosten für die Sach- und Produktleistungen sind stark gestiegen. Zum Beispiel steigen die Kosten für Hausmüll, Rest- und Sperrmüll durch die Erhöhung der Entsorgungspreise, durch die Anpassung der Transportpreise nach Index und durch die Einführung der Preisgleitklausel nach dem Marktgeschehen. Beim Biomüll ist eine Kostensteigerung von durchschnittlich 25 % zu verzeichnen. Außerdem gibt es Preisanpassungen beim Problemmüll, Asbest und künstliche Mineralfasern. Einige Abfallfraktionen werden gemeinschaftlich abgerechnet und haben somit wenig Auswirkungen auf das Ergebnis.

Die Kostensteigerungen können nicht mit der aktuell gültigen Gebührenkalkulation ausgeglichen werden, sodass für 2024 die Rücklagen aufgebraucht werden. Die nächste Gebührekalkulation wird 2024 vorgenommen und soll am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Ein starker Anstieg der Müllgebühren ist zu erwarten, da die Kosten für die Hausmüllentsorgung stark steigen und ab 2025 Zertifikatskosten zum Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) zzgl. Umsatzsteuer anfallen.

Für die die Finanzplanungsjahre 2025 bis 2027 steht keine Gebührenausgleichsrücklage mehr zur Verfügung. Die neue Gebührenordnung gilt erst ab 01.01.2025. Da die Kommunale Abfallwirtschaft eine kostenrechnende Einheit ist und somit keine Auswirkungen auf die Kreisumlage bestehen darf, wurde planerisch das Defizit in den Jahren 2025 bis 2027 mit einem entsprechenden Ertrag ausgeglichen. Dies ist möglich, weil ab 2025 die Kommunale Abfallwirtschaft aus dem Landkreishaushalt ausgegliedert werden soll. Somit bestehen keine Auswirkungen auf die Kreisumlage.

Folgende **Investitionen** sind in der Kommunalen Abfallwirtschaft geplant:

	HH-Rest	Plan		
	2022	2023	2024	Abweichung
720-00010 Investitionen Garagengebäude	65.000	20.000		-20.000
720-00011 Asphaltfläche Deponiegelände	80.000	50.000	30.000	-20.000
720-00012 Sickerwasser Schaltschrank	15.000	3.000		-3.000
720-00017 Pumpen	31.000	6.600		-6.600
720-00022 Umladestation - Buchten	40.000	8.000		-8.000
720-00023 Carport mit Photovoltaikanlage	150.000	30.000		-30.000
720-00027 Landkreis PPK-Container	10.000	2.400		-2.400
720-00029 Sonstige BGA Entsorgungszentrum	5.332	4.800	4.800	
720-00030 Bedachung Papiercontainer	8.000	1.600		-1.600
720-00100 Fahrzeuge und Zubehör	18.200			
720-00201 Parkplatz gegenüber Altdeponie	100.000	20.000		-20.000
720-00204 Betriebstechnische Anlagen Deponienachsorge	130.000	26.000		-26.000
Gesamtinvestitionen Summe KAW	652.532	172.400	34.800	-137.600

Für das Jahr 2024 werden Investitionen in Höhe von 34.800 € geplant. Zusätzlich werden für die geplanten Investitionen 2023 Haushaltsreste in das Jahr 2024 übertragen, sofern sich die Ausgaben in das Jahr 2024 verschieben.

Investitionen für die Warteliste:

Für die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes inklusive einer PV-Anlage werden insgesamt 420.000 € für die Warteliste angemeldet.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv
- ja, negativ
- nein

Auswirkung auf den Haushalt:

	Ist					Plan		
	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Abweichung
ULV (ohne KAW)	5.210.172	5.206.258	6.099.887	6.339.766	7.512.323	9.620.577	11.826.159	2.205.582

Für den Teilhaushalt (Ergebnishaushalt) des ULV-Ausschusses werden im Haushalt 2024 Mittel in Höhe von netto **11.826.159 €** eingeplant, das liegt um **173.841 € unter** dem Eckwert und um **2.205.58 € über** dem Ansatz des Vorjahres (+ 22,9 %).

Für Investitionen 2024 sind insgesamt 5.286.152 € (Summe aus ULV 5.251.352 € und KAW 34.800 € im Beschluss unter 2. und 4. separater Beschluss zu beiden) eingeplant, das sind **1.738.152 € mehr** als im Vorjahr (ohne Berücksichtigung der Haushaltsreste).

Für die kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft werden 8.881.322 € Erträge und 10.153.698 € Aufwendungen eingeplant. Damit wird 2024 ein **Jahresdefizit in der kostenrechnenden Einrichtung von 1.272.376 € geplant**, welches bei den Erträgen bei den Auflösungen von Rückstellungen planerisch ausgeglichen wurde. Somit löst das Defizit keine Auswirkungen auf die Kreisumlage aus.

II. Beschlussvorschlag:

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Für den Teilhaushalt des ULV-Ausschusses (13 Budgets) werden im Haushalt 2024 Mittel in Höhe von netto 11.826.159 € eingeplant.
2. Für Investitionen werden Mittel in Höhe von netto 5.251.352 € eingeplant.
3. Für die kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft werden 8.881.322 € Erträge und 10.153.698 € Aufwendungen eingeplant. Damit wird 2024 ein Jahresdefizit von 1.272.376 € ausgewiesen, welches durch die vorhandene Gebührenausgleichsrücklage ausgeglichen wird.
4. Für Investitionen der Kommunalen Abfallwirtschaft werden 34.800 € geplant.

gez.

Katja Witschaß